

Bis 1996 rechne man in China mit einer jährlichen Geburtenziffer von durchschnittlich 17 Millionen. Dies mache es außerordentlich schwer, das Ziel, die Bevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts nicht über 1,2 Milliarden wachsen zu lassen, zu erreichen. Man werde sich jedoch bemühen, die erwartete durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von derzeit 2,35 bis zum Jahr 2000 auf 2,0 zu senken.

Spätheirat und Verhütung stellen Frau Peng zufolge nach wie vor die Hauptmethoden der Geburtenregelung dar. Nur wenn Verhütungsmaßnahmen erfolglos seien, würde auch zum Mittel der Abtreibung gegriffen. Pro Jahr würde es zu 10 Millionen Abtreibungen kommen, das entspreche in etwa dem Weltmaßstab. Wenn die Verhütung in China nicht an erster Stelle stünde, würde die Zahl der Abtreibungen weit höher liegen. Gegenwärtig ergriffen rund 75 Prozent aller verheirateten Frauen Verhütungsmaßnahmen (RMRB, 18.12.90). Auf die Frage, ob auch Zwang ausgeübt würde, gab die Ministerin zur Antwort, die chinesische Regierung "fordere" die freiwillige Befolgung der Familienplanungsvorschriften. Man wisse aber, daß in einigen Gebieten auch Zwang ausgeübt werde. Die Regierung bemühe sich, die Familienplanungsarbeiter zu mehr Verantwortungsbewußtsein zu bringen (XNA, 18.12.90).

Eine weitere Frage war die nach den Kontrollmethoden bei der Wanderbevölkerung. Frau Peng gab zu, daß diese Bevölkerungsgruppe ein schwaches Glied in der Familienplanung bedeute, weil deren Verhütungsgrad verhältnismäßig niedrig sei und die Wanderbevölkerung schwer zu kontrollieren sei. Sie bezifferte die Zahl der Wanderbevölkerung auf etwa 70 Millionen und die Zahl derjenigen, die ihren Haushalt seit mehr als einem Jahr verlassen haben, auf 21 Millionen. Diese Leute seien hauptsächlich Arbeiter oder Händler. Die Provinz Henan habe ihre Kontrollmaßnahmen über die Wanderbevölkerung verstärkt; dies sei außerordentlich wichtig und würde von der Regierung unterstützt. (RMRB, 18.12.90)

Auch das Problem der Altersversorgung wurde angesprochen. Diese steht in engem Zusammenhang mit der Familienplanung, weil die fehlende Altersversorgung auf dem Lande dort die

Akzeptanz der Geburtenplanung verringert. Die Ministerin bestätigte, daß eine Regelung dieses Problems im Gange sei; insbesondere habe man vor, ein Rentensystem aufzubauen (ebd.). Tatsächlich mehrten sich Berichte, daß einzelne Kreise dabei sind, eine Altersrente für Ein-Kind-Familien einzuführen. Ein Beispiel ist der Kreis Shunyi im Stadtstaat Beijing. Dort wurde eine Stiftung gegründet, in der Eltern von Einzelkindern Mitglied werden können. Sie zahlen jährlich 300 - 910 Yuan ein und erhalten dann nach Vollendung des 60. Lebensjahres eine Rente von monatlich 100 Yuan. Bei dieser Regelung wird ein Drittel bis die Hälfte des Geldes von den Mitgliedern erhoben, der Rest wird vom Kreis beigesteuert (vgl. XNA, 19.12.90).

Schließlich wurde noch die Frage gestellt, warum China immer noch nicht ein seit Jahren angekündigtes nationales Gesetz zur Familienplanung erlassen habe. Frau Peng erläuterte, daß 26 Provinzen für ihr Gebiet gesetzliche Bestimmungen zur Geburtenregelung erlassen hätten; Beijing und Yunnan stünden kurz vor Erlass solcher Verordnungen. Lediglich Tibet und Xinjiang hätten noch keine solche Verordnung. Seit den siebziger Jahren habe man wirksame Kontrollmethoden und eine Politik entwickelt, die den örtlichen Gegebenheiten entsprächen, nützlich für die Entwicklung der Arbeit seien und die erforderliche Stabilität bei der Durchführung der Arbeit gewährleisten. Deshalb habe man beschlossen, vorerst kein nationales Gesetz zu erlassen (RMRB, 18.12.90). Mit dieser Politik, den Provinzen größtmögliche Selbständigkeit bei der Durchsetzung der Familienplanung zu gewähren, will die Regierung offenbar den Widerstand gegen die Familienplanung, der regional sehr unterschiedlich und besonders in den Minderheitegebieten sehr groß ist, in Grenzen halten, d.h. sie gestattet gewisse regionale Abweichungen von der Norm, um Unruhen zu verhindern. -st-

---

## Kultur

---

\* (17)

### Nationale Religionskonferenz

Vom 5.-9. Dezember 1990 fand in Beijing eine mehrtägige, vom Staatsrat einberufene nationale Religionskonfe-

renz statt (RMRB, 6.12.90 und 10.12.90). Offiziell sollte die Konferenz die staatliche Religionspolitik bekräftigen, die Arbeit auf diesem Gebiet mit der anderer Bereiche koordinieren und die Stabilität und Einheit des chinesischen Volkes fördern. Tatsächlich aber scheint es hauptsächlich um die Probleme gegangen zu sein, die die großen Religionsgemeinschaften in jüngster Zeit aufwerfen, auch wenn darüber offiziell nichts verlautete. Zu denken ist vor allem an die religiös motivierten Unruhen unter der islamischen Bevölkerung Xinjiangs im Frühjahr und Sommer 1990 und an den immer wieder aufflammenden Widerstand der lamaistischen Mönche in Tibet, aber auch an die Untergrundaktivitäten katholischer Christen und die Resonanz, die der Protestantismus unter chinesischen Studenten und Intellektuellen findet.

Am ersten Tag der Konferenz sprach Ministerpräsident Li Peng zu den Teilnehmern (vgl. RMRB, 6.12.90), die größtenteils hochrangige Provinzfürher waren. Alle Kräfte Chinas, so sagte er, müßten gegenwärtig auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert werden, und dazu seien Stabilität und Einheit notwendige Voraussetzungen. Es komme darauf an, gute Arbeit auf dem Gebiet der Religion zu leisten und die religiösen Probleme zweckmäßig zu regeln. Dies sei wichtig für die Stabilität des Staates und die Einheit der Nationalitäten, für die Bewahrung des Weltfriedens und die Verwirklichung des Zieles der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den neunziger Jahren. Er machte deutlich, daß die patriotischen (d.h. staatsstreuen) Kirchen ebenso wie "reguläre" religiöse Aktivitäten vom Staat unterstützt würden, und hob positiv hervor, daß die patriotischen religiösen Führer und die Masse der Gläubigen aller Nationalitäten die Politik der Partei unterstützten. Zugleich rief er dazu auf, daß in Gebieten, wo die Mehrzahl der Bevölkerung keiner Religion anhängt, die Rechte der gläubigen Minderheit geachtet und umgekehrt in Gebieten, wo die Mehrzahl der Bevölkerung religiös ist, die Rechte der nichtgläubigen Minderheit gewahrt werden. Das heißt, zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen soll Einheit bestehen.

Li Peng sprach auch das Problem religiöser Beziehungen zum Ausland an, die von offizieller Seite mit Argwohn

betrachtet und vielfach als Einmischung von außen aufgefaßt werden. Solange diese Beziehungen auf dem Grundsatz der Gleichheit und Freundschaft beruhen, so führte Li Peng aus, und solange sie dem Verständnis und der Freundschaft zwischen den Völkern dienen und die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Religionsgemeinschaften garantieren, sei nichts gegen solche Kontakte einzuwenden. Man müsse allerdings auf der Hut sein, wenn feindliche Kräfte von außen die Religion benutzen, um sich in innere Angelegenheiten Chinas einzumischen.

Schließlich betonte der Ministerpräsident, daß die Partei an der Politik der Religionsfreiheit festhalten und man entschlossen Verletzungen der Religionsfreiheit und der legalen Interessen von Religionsgemeinschaften korrigieren wolle. Immerhin wird damit indirekt zugegeben, daß es derartige Verletzungen gegeben hat, vor allem in Tibet und Xinjiang. Ausländischen Presseberichten zufolge sollen als Folge der religiös motivierten Unruhen in Xinjiang 1990 dort etwa 50 Moscheen geschlossen und der Bau von etwa 100 Moscheen verboten worden sein (*Le Monde*, 17.12.90; *NZZ*, 19.12.90).

Am 7. Dezember nahm Generalsekretär Jiang Zemin teilweise an der Konferenz teil und hörte sich die Berichte der stellvertretenden Gouverneure von Liaoning, Hebei, Gansu, Sichuan, Jiangsu, Henan, Fujian, Xinjiang und Shanghai sowie des Leiters des Komitees für nationale und religiöse Angelegenheiten Tibets an, die die religiöse Lage in ihren Provinzen bzw. autonomen Gebieten darlegten. Danach stellte Jiang fest, die Religionsarbeit der Partei entspreche den Umständen der Reform- und Öffnungspolitik, und es gebe keinen Grund, die derzeit gültige Religionspolitik zu ändern. Obwohl er die religiöse Situation insgesamt als gut bezeichnete, gab auch er zu, daß es Probleme gebe, die gelöst werden müßten; dies sei für die Stabilität des Staates, den Zusammenschluß der Nationalitäten und die Einheit des Landes von entscheidender Bedeutung. (RMRB, 9.12.90)

Beschlüsse wurden auf der Konferenz nicht gefaßt. Die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen wurden jedoch aufgefordert, die Parteimitglieder und Kader in bezug auf eine marxisti-

sche Religionsauffassung und die Religionspolitik der Partei zu erziehen, um das Bewußtsein für die Religionspolitik der Partei zu erhöhen (RMRB, 10.12.90). Ferner wurde ein neues Religionsgesetz angekündigt (vgl. CD, 10.12.90 und FAZ, 11. und 24.12.90), das die Religionspolitik auf eine gesetzliche Basis stellen soll. Alles dies deutet darauf hin, daß der Staat wieder stärkere Kontrolle über die religiösen Aktivitäten ausüben will. Im September 1990 waren bereits in der Autonomen Region Xinjiang Bestimmungen über die Kontrolle religiöser Aktivitäten und über die Kontrolle des religiösen Personals erlassen worden (vgl. C.a. 1990/10, Ü 29); das geplante Religionsgesetz dürfte ähnlich einschränkenden Charakter haben. -st-

\*(18)

#### **Aufstockung des Wissenschaftlichen Rates der Akademie der Wissenschaften**

Der Wissenschaftliche Rat der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, des höchsten Entscheidungsgremiums der Akademie, soll um etwa 200 Wissenschaftler aufgestockt werden. Eine Ergänzung des Wissenschaftlichen Rates war seit längerer Zeit gefordert worden. Der Wissenschaftliche Rat war 1955 gegründet worden und zuletzt im Jahre 1980 auf 400 Mitglieder aufgestockt worden. Von diesen sind heute nur noch 312 übriggeblieben; ihr Durchschnittsalter beträgt gut 74 Jahre. Hauptzweck der Neuberufungen ist neben der Erweiterung daher vor allem die Verjüngung des Gremiums. Wissenschaftler mittleren und jüngeren Alters, so heißt es, sollen jetzt mehr Verantwortung übernehmen und eine größere Rolle bei der Entwicklung von Wissenschaft und Technik in China spielen. Deshalb ist vorgesehen, daß mindestens ein Drittel der Kandidaten unter 60 Jahre alt sein soll. Künftig soll alle zwei Jahre eine begrenzte Anzahl neuer Wissenschaftler in den Rat berufen werden mit dem Ziel, die Zahl bis Ende des Jahrhunderts auf knapp 750 zu erhöhen. Die 200 neugewählten Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates sollen wie folgt aufgeteilt werden: Je 33 Wissenschaftler entfallen auf die Mathematisch-physikalische Sektion, die Chemische Sektion, die Biologische Sektion und die Geowissenschaftliche Sektion; der Rest entfällt auf die Technische Sektion. (XNA, 4. und 5.12.90)

Das Auswahlverfahren für die Berufung zum Ratsmitglied, ein Amt, an das hohe Anforderungen gestellt werden, erläuterte der Präsident der Akademie, Zhou Guangzhao, Anfang Dezember gegenüber der Presse (vgl. GMRB, 4.12.90). Das Verfahren gliedert sich in vier Schritte: Empfehlung, Vorauswahl, Begutachtung und Wahl. Bei der Empfehlung von Kandidaten gibt es zwei Wege: 1. Mitglieder des jetzigen Wissenschaftlichen Rates können schriftlich direkt einen Kandidaten empfehlen, wobei jeder Kandidat mindestens von zwei Ratsmitgliedern empfohlen sein muß. 2. Alle der Zentralregierung unterstellten Forschungseinrichtungen, wie Akademien, Institute, Hochschulen und Betriebe, alle wissenschaftlichen Gesellschaften, die im Chinesischen Verband für Wissenschaft und Technik zusammengefaßt sind, sowie alle Forschungseinrichtungen (Akademien, Institute, Hochschulen und Betriebe) der Provinzebene können Kandidaten aus ihren eigenen Reihen empfehlen. Für die Kandidaten muß von den wissenschaftlich-technischen Verwaltungsabteilungen der jeweiligen Einheit eine Vorauswahl getroffen werden. Die Begutachtung und endgültige Wahl erfolgen dann innerhalb des Wissenschaftlichen Rates der Akademie.

Die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Rat der Akademie der Wissenschaften bedeutet nach den Worten Zhou Guangzhao das höchste akademische Amt, das der Staat zu vergeben hat. Deshalb würden an die Kandidaten nicht nur hohe fachliche Anforderungen gestellt, sondern auch politisch-moralische Eigenschaften verlangt. Zu den erforderlichen fachlichen Voraussetzungen zählen hervorragende wissenschaftliche oder technische Leistungen sowie der wissenschaftliche Rang eines Forschers oder Professors bzw. eines Ingenieurs der oberen Stufe; es können aber auch entsprechend hochqualifizierte Fachleute ernannt werden. Außerdem müssen die Kandidaten Patriotismus, Opfergeist (d.h. Hingabe) und einen guten wissenschaftlichen Arbeitsstil vorweisen. (GMRB, 4.12.90) -st-

\*(19)

#### **Verleihung wissenschaftlich-technischer Staatspreise**

Unter Anwesenheit zahlreicher hoher Regierungsvertreter wurden am 7. Dezember 1990 in der Großen Halle des

Volkes die Staatspreise für Wissenschaft und Technik verliehen. Es war das vierte Mal, daß der Staat derartige Wissenschaftspreise vergab. Insgesamt wurden 788 wissenschaftlich-technische Leistungen ausgezeichnet. 59 Projekte wurden mit dem Staatspreis für Naturwissenschaften, 224 mit dem Staatspreis für Erfindungen und 505 mit dem Staatspreis für Fortschritte in Wissenschaft und Technik ausgezeichnet. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren, so hieß es, war die diesjährige Auswahl durch eine Zunahme von Hochtechnologieprojekten und Projekten mit hohem Schwierigkeitsgrad und hohem Niveau gekennzeichnet, wie z.B. der Beijinger "Positron-Electron Collider", der Beijinger Spektrometer und die Entdeckung eines Hochtemperatur-Halbleiters, Projekte, die alle drei großes Interesse im In- und Ausland hervorriefen. (GMRB, 8.12.90) Zum erstenmal erhielten auch zwei Wissenschaftler aus Hongkong Preise (XNA, 8.12.90).

Ministerpräsident Li Peng hielt bei der Preisverleihung eine Rede, und Generalsekretär Jiang Zemin sandte eine Grußadresse (beide abgedruckt in RMRB, GMRB, 8.12.90). Beide Politiker betonten, daß Wissenschaft und Technik sich zu den wichtigsten Produktivkräften entwickelt hätten und daß ihnen bei der Modernisierung entscheidende Bedeutung zukomme. Li Peng führte aus, daß sich alle Hoffnungen für die Modernisierung auf die Wissenschaft und Technik konzentrierten. Die Modernisierung der Landwirtschaft, Industrie und Verteidigung sei nur mit Hilfe der Modernisierung in Wissenschaft und Technik zu erreichen. Partei und Regierung trügen dem Rechnung durch ihre Politik, daß Wissenschaft und Technik dem wirtschaftlichen Aufbau zu dienen hätten und daß ihre Hauptaufgabe in der Entwicklung der Volkswirtschaft bestünde. Der Ministerpräsident sprach auch das Verhältnis Grundlagenforschung - angewandte Forschung an, das nach seinen Worten richtig geregelt werden müsse. Er betonte die Bedeutung der Grundlagenforschung, die seiner Meinung nach eine stetige Entwicklung erfordere und entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung schrittweise durch verstärkte Investitionen zu fördern sei.

Li Peng setzte mit seiner Rede keine neuen Schwerpunkte und blieb insgesamt unverbindlich. Damit bestätigte

er im Grunde die Wissenschaftspolitik der vergangenen Jahre: Achtung von Wissenschaft und Technik, Wissenschaft und Technik im Dienste des wirtschaftlichen Aufbaus, Förderung der angewandten Forschung, aber dabei keine Vernachlässigung der Grundlagenforschung. -st-

\*(20)

#### Ideologisches Bewußtsein der Beijinger Studenten auf dem Tiefpunkt

Das ideologische Bewußtsein der Mehrzahl der Beijinger Studenten befindet sich auf einem Tiefpunkt. Dies ist die Beobachtung eines Korrespondenten der Hongkonger Tageszeitung *Wen Wei Po*, der am 9. Dezember verschiedene Universitäten und Hochschulen in Beijing besuchte und dort mit Studenten sprach. Der Journalist hatte diesen Tag absichtlich gewählt, weil es ein traditioneller Gedenktag der Bewegung des 9. Dezember 1935 ist, als Beijinger Studenten gegen die japanische Politik in der Mandschurei protestierten. Anders als damals zeigten die Studenten jetzt nach den Beobachtungen des Korrespondenten kein waches ideologisches Bewußtsein und kein politisches Engagement. Viele hatten nicht einmal an den 9. Dezember gedacht. Die meisten konzentrierten sich auf ihr Studium und denken an ihre Zukunft, weil sie wissen, daß es von ihren Fähigkeiten abhängt, ob sie einmal ins Ausland gehen oder ein Postgraduiertenstudium aufnehmen können und ob sie eine gute Stellung finden. Von seiten offizieller Universitätsvertreter wurde dem Korrespondenten berichtet, daß nach den "Unruhen" des letzten Jahres jetzt wieder Ruhe und Stabilität unter den Studenten herrsche. Das Interesse am Studium sei eindeutig gestiegen, und sowohl extreme Gefühle als auch Passivität seien mittlerweile verflogen. Auch legten die Studenten wieder größere Objektivität bei der Analyse von Problemen an den Tag. In der Vergangenheit z.B. hätten sie gesellschaftliche Erscheinungen sehr einseitig analysiert, indem sie diese in Zusammenhang mit dem Gesellschaftssystem und politischen Führern gebracht hätten. Jetzt hingegen seien sie viel eher bereit, objektive Gründe anzuführen. Bemängelt wurde allerdings, daß die Studenten sich von der Politik entfremdet haben und sich gegenüber der Politik gleichgültig verhielten. Dies sei

aus zwei Gründen nicht gut: Erstens sagten die Studenten nicht, was sie wirklich denken, so daß es den Offiziellen unmöglich ist, ihnen ideologische Führung zu geben. Zweitens seien viele Studenten gleichgültig in bezug auf die Zukunft des Landes und dächten nur an ihr eigenes Wohl. Dies habe zu einem Tiefpunkt des ideologischen Bewußtseins unter den Studenten geführt. (*Wen Wei Po*, 10.12.90, nach SWB, 11.12.90)

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Studenten der ideologischen Indoktrinierung, die sie seit dem Juni 1989 über sich ergehen lassen müssen, überdrüssig sind. Zugleich aber wissen sie, daß sie um ihres persönlichen Fortkommens willen sich nicht entziehen können, sondern am politischen Unterricht und ggf. auch an politischen Aktivitäten teilnehmen müssen. Aus freiwilligem Engagement aber tun sie es nicht. Die seit dem Sommer 1989 verschärfte ideologische Kontrolle und Schulung haben bei den Studenten nur Überdruß und Indifferenz erzeugt, was sicher nicht in der Absicht der Partei lag. Verständlich ist die Gleichgültigkeit der Studenten durchaus, denn was soll ihnen z.B. der "Geist von Yan'an" heute noch sagen? Trotzdem wird er immer wieder herangezogen, so auf einer Veranstaltung der Politischen Akademie der chinesischen Jugend und der Gesellschaft zum Studium des Geistes von Yan'an, die zum Gedenken an den 9. Dezember stattfand und unter dem Thema stand "Die Studenten und der Geist von Yan'an" (vgl. GMRB, 9.12.90). Ebenfalls auf einer Gedenkveranstaltung zum 9. Dezember mußten sich auch die Studenten der Beida (Beijing-Universität) über den "Geist von Yan'an" belehren lassen (GMRB, 6.12.90). -st-

\*(21)

#### Lehrerbildung soll Priorität erhalten

Auf einer nationalen Tagung in Changsha über eine beschleunigte Standardisierung der Lehrerbildungsinstitutionen appellierte der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission, Liu Bin, an die Regierungen und Erziehungsbehörden aller Ebenen, der Lehrerbildung Priorität einzuräumen und im achten Fünfjahrplan verstärkt in diesen Sektor zu investieren. Trotz der angespannten Haushaltslage hat der Staat laut Liu

Bin im siebten Fünfjahrplan 1,3 Mrd. Yuan in die Lehrerausbildung investiert; außerdem seien von der Weltbank 110 Mio.US\$ geliehen und vom United Nations Children's Fund über 20 Mio.US\$ zur Verfügung gestellt worden, um die Lehrerbildung auszubauen. Gegenwärtig, so hieß es weiter, gebe es in ganz China 260 Pädagogische Hochschulen und 1044 Lehrerbildungsinstitutionen auf Sekundarebene. Diese Institutionen hätten in den achtziger Jahren 1,21 Mio. bzw. 1,9 Mio. Absolventen ausgebildet. Dies sei zwar ein guter Anfang, doch gebe es auch ernsthafte Probleme in der Lehrerbildung, vor allem in bezug auf den Standard. (GMRB, 6.12.90) -st-

\*(22)

#### Verbesserung der finanziellen Ausstattung allgemeinbildender Schulen

Auf einer Veranstaltung in der Hauptstadt Mitte Dezember 1990 wurden sieben Provinzen von der Staatlichen Erziehungskommission und anderen Ministerien für ihre Leistungen bei der Einwerbung finanzieller Mittel zur Verbesserung des Schulwesens ausgezeichnet. Es handelt sich um die Provinzen Henan, Jiangxi, Guangxi, Gansu, Ningxia, Jiangsu und Liaoning. Wie der Vorsitzende der Erziehungskommission und der Finanzminister auf der Veranstaltung betonten, ist man in China auch weiterhin auf Spenden von Betrieben und aus der Bevölkerung angewiesen, um das Schulwesen zu verbessern (vgl. GMRB, 19.12.90; Radio Beijing, 18.12.90, nach SWB, 22.12.90). Das offizielle Motto für diese Politik lautet: "Das Volk betreibt die Erziehung, die Erziehung ist für das Volk da." In den Jahren zwischen 1981 und 1989, so wurde auf der Veranstaltung bekannt, seien aus allen Bereichen der Gesellschaft Spenden in Höhe von 35 Mrd. Yuan für die Renovierung und den Umbau baufälliger Schulgebäude zusammengekommen. Dadurch habe der Anteil der baufälligen Gebäude von 17 Prozent 1978 auf nunmehr 3 Prozent gesenkt werden können.

Welche Bedeutung Spenden aus der Bevölkerung für das Schulwesen haben, erhellt aus der Feststellung des Vorsitzenden der Erziehungskommission Li Tieying, daß die außerhaus-haltsmäßigen Mittel für das Erziehungswesen 48,1 Prozent der staatli-

chen Zuwendungen ausmachten (XNA, 19.12.90). Zwar hat der Staat laut Finanzminister Wang Bingqian sein Erziehungsbudget im Jahre 1990 um 3,76 Mrd. Yuan erhöht und ist das staatliche Erziehungsbudget in den vergangenen Jahren jährlich um 15,5 Prozent gestiegen, aber angesichts der insgesamt schlechten Wirtschaftslage sei es unbedingt erforderlich, auch weiterhin die staatlichen Zuwendungen durch Spenden zu ergänzen (XNA, 19.12.90).

Trotz der steigenden Haushaltsmittel für das Erziehungswesen und der zusätzlichen Spendenmittel wird bei weitem nicht genug im Erziehungssektor investiert. Engpässe ergeben sich vor allem beim Ausbau der Grundschulen und der Mittelschulunterstufe in ländlichen Gebieten und bei der Lehrerbildung. -st-

\*(23)

#### 200 Jahre Peking-Oper

Am 20. Dezember 1990 wurde in Beijing unter Anwesenheit Jiang Zemin's und anderer führender Vertreter aus Partei und Regierung mit einem großen Festakt das 200jährige Bestehen der Peking-Oper gefeiert. Die Entstehung der Peking-Oper geht zurück auf das Jahr 1790, als anlässlich des 80. Geburtstag des Qianlong-Kaisers das "Sanqing"-Opernensemble aus Anhui in der Hauptstadt Beijing gastierte. Kurze Zeit später kamen drei weitere Ensembles aus Anhui nach Beijing, die zusammen als die "Vier Anhui-Ensembles" bekanntgeworden sind. Aus dem Zusammenwirken dieser Ensembles entstand im Verlauf von über einem halben Jahrhundert unter Hinzunahme von Elementen aus anderen lokalen Opernstilen allmählich die Peking-Oper. Zu den Aktivitäten anlässlich des Jubiläums zählen ein 24tägiges Opernfestival in Beijing mit 50 Programmen und Ensembles aus ganz China sowie Hongkong und Taiwan, eine 20tägige Ausstellung in Beijing über die Entwicklung der Peking-Oper sowie ein neuntägiges Symposium über die Peking-Oper (RMRB, 21.12.90; XNA, 21. und 22.12.90).

In einem Kommentar der *Volkszeitung* vom 20. Dezember wird die Peking-Oper als nationale Kostbarkeit auf dem Gebiet der Kunst bezeichnet, die

eine lange Tradition und ein reichhaltiges Repertoire aufweise und in der Theaterkunst der Welt eine herausragende Stellung einnehme. Nach 1949 habe man die dem Untergang nahe Peking-Oper zu neuem Leben erweckt, und heute stelle sich die Peking-Oper in einem guten Zustand mit vielen guten neuen Stücken dar. Aufgrund veränderter Lebensformen und Auffassungen und dem Aufkommen zahlreicher anderer Kunstformen stehe die Oper heute allerdings wieder vor großen Problemen, so daß die Aufgabe heute darin bestehe, ernsthaft zu untersuchen, wie die Peking-Oper neu zu beleben, zu übernehmen, zu erneuern und zu entwickeln sei.

Insbesondere die Jugend zeigt heute nur noch geringes Interesse an der Peking-Oper. Um so bemerkenswerter ist die offizielle Unterstützung, die das Jubiläum genießt. Bei der Rückbesinnung auf die traditionelle chinesische Kultur, die ein Anliegen der gegenwärtigen Kulturpolitik ist, spielt die Peking-Oper eine wichtige Rolle. Ihr großes Ansehen soll zur Steigerung des Patriotismus, d.h. des Stolzes der chinesischen Nation auf die traditionelle Kultur, genutzt werden. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(24)

#### Ausweitung der Kapitalmärkte

Im Rahmen des anstehenden achten Fünfjahresplanes ist auch die Ausweitung der Kapitalmärkte vorgesehen, wobei neben den Wertpapierbörsen in Shanghai und in Shenzhen, auch Börsen in Shenyang, Wuhan und Haikou vorgesehen sind. Durch ein computer-gesteuertes Wertpapiermarkt-Kontrollsystem soll die Entwicklung der Märkte überwacht werden und in Übereinstimmung mit den staatlichen Vorgaben erfolgen. Für den Handel mit Regierungsanleihen wurde dies System bereits Anfang Dezember 1990 eingesetzt.

Durch die Möglichkeit des Handels mit Regierungsanleihen hofft die Regierung, daß diese Form der Geldanlage attraktiver und dementsprechend stärker nachgefragt wird. In den letz-